



EEG Novelle 2016 will nach Strangulierung von Bioenergien und Photovoltaik nun auch die Windkraft abwürgen

Mit dem von Bundeswirtschaftsminister Gabriel vorgelegten Referentenentwurf zur EEG Novelle 2016 will die Bundesregierung nun auch bei der Windkraft den Rotstift ansetzen. Statt den Ausbau von Ökostrom zu beschleunigen, soll die Energiegewinnung aus Windkraft das gleiche Schicksal erleiden wie die Stromerzeugung aus Biomasse und aus Photovoltaik – der weitgehende Ausbaustopp wird vorbereitet.

Ausbaubegrenzung für Windkraft an Land

In Deutschland wurden 2015 etwa 6 000 MW neue Windkraftleistung installiert, davon ca. 3 700 an Land. Die Bundesregierung will nun eine Ausbaubegrenzung für Windkraftanlagen onshore auf maximal 2 500 MW pro Jahr festlegen.

Zu erwarten ist, dass dieser Korridor noch nicht einmal erreicht werden wird, weil die potenziellen Investoren massive Verluste durch Vorleistungskosten befürchten müssen, wenn sie wegen der Überschreitung der Ausbaukapazität keine Genehmigung zum Anlagenbau erhalten.

Die Deckelung der Ausbaukapazitäten in der EEG Novelle 2014 hatte bereits in den Sektoren Solar, Bioenergie, Wasserkraft und Geothermie im Jahr 2015 zu einer drastischen Reduzierung des Ausbaus geführt. Nun soll der Windkraft das gleiche Schicksal beschieden werden.

Klimaschutzvereinbarungen konterkariert

Wer mehr für den Klimaschutz tun will, als die Bundesregierung verordnet, kann dies gar nicht tun. Der Ausbaukorridor (40-45% erneuerbare Energien im Jahr 2025) darf nach dieser Maßgabe nicht überschritten werden.

Damit verkehrt die Bundesregierung ihr Bekenntnis zum Klimaschutz, das sie in Paris so vehement verkündet hat, in sein Gegenteil: um die in Paris verkündete Zielvorgabe von 1,5° Klimaerwärmung zu ermöglichen, müsste eine vollständige Energieversorgung mit 100% Erneuerbaren Energien weltweit bis 2035 und in Deutschland schon vor 2030 erreicht werden. Die Bundesregierung aber tut alles, um dies zu verhindern.

Bestandsgarantie für Kohle- und Gaskraftwerke

Wegen der vereinbarten Abschaltung der Atomkraftwerke bis zum Jahr 2022 sind 90 TWh jährlicher Atomstromproduktion zu ersetzen. Da mit der jetzt geplanten Reduzierung des Ausbaus von Ökostrom höchstens 40 TWh jährlich produziert werden können, ist ein Ankurbeln der Kohle- und Gaskraftwerke unabdingbar. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Bürgerbewegung für erneuerbare Energien unerwünscht

Gleichermaßen wird von der Bundesregierung die Bürgerbewegung torpediert, die in den letzten Jahren in Form von Energiegenossenschaften den Umstieg auf regionale Produktion von sauberem Strom vielfach erfolgreich in Gang gebracht hat. Mit der verpflichtenden Ausschreibung für Windparks werden die kleineren regionalen Akteure abgeschreckt, weil die immensen Planungskosten ein nicht vertretbares Risiko bedeuten. Außerdem wird die regionale Verankerung der Energiewende durch die überregionalen Ausschreibungen verhindert.

Die in der EEG Novelle 2016 vorgesehenen Maßnahmen zur Sicherung einer „hohen Akteursvielfalt“ sind das Papier nicht Wert, auf dem sie stehen: Zwei Maßnahmen sind vorgesehen:

- a) Anlagen unter der Bagatellgrenze von 1 MW sollen von der verpflichtenden Ausschreibung befreit werden. In Schwachwindgebieten sind aber nur Anlagen von ca. 3 MW rentabel.
- b) Die „Sonderregeln zum Schutz der Bürgerenergie und kleinen Akteure“ beschränken sich auf Akteure aus den Gebietskörperschaften, in denen die Anlagen stehen. Die Bürgerenergie Genossenschaft Kassel & Söhre wäre damit von diesem „Schutzstatus“ ausgeschlossen.

Massiver Protest von Nöten

Diese Strangulierung des erfolgreichen Ausbaus der Versorgung mit umweltfreundlichen Energieträgern, ist unerträglich. Sie widerspricht den verkündeten Klimazielen, sie torpediert die Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien, sie verteuert die Energiekosten durch Verzicht auf die inzwischen billigste Art der Stromerzeugung mit Sonne und Wind und sie ignoriert die Bedeutung der großen Bürgerbewegung für eine umweltgerechte Energieversorgung.

Gegen diesen Entwurf muss massiver Protest organisiert werden!

Eine Politik, die in Paris die Rettung des Weltklimas verspricht und in Berlin das Gegenteil beschließt, ist nicht zu tolerieren.